

## Rente mit 67, Mehrwertsteuererhöhung, "Gesundheitsreform", Senkung der Unternehmenssteuern, Wegfall Pendlerpauschale, Studiengebühren, Hartz IV-Verschärfung! - Der Klassenkampf von oben durch Konzerne, Arbeitgeberverbände, Regierung und angeschlossene Medien erreicht 2007 den vorläufigen Höhepunkt.

"Gerechtigkeit", "Solidarität", "Nachhaltigkeit" sollen angeblich die Gründe für die laufenden "Reformen" sein. Was wirklich dahinter steckt, hat kürzlich die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung auf den springenden Punkt gebracht:

"Nettolohnquote in Deutschland auf historischem Tiefstand". Gemeint ist der Anteil der Arbeitseinkommen am verfügbaren Einkommen aller privaten

Haushalte, er sackte 2005 auf 41,2 Prozent, 2006 könnte er unter die 40-Prozent-Marke gelangen. 1960 betrug die Nettolohnquote noch 55,8 Prozent, 1991 noch 48,1 Prozent. Weiter heißt es: »Parallel wächst der Anteil der Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Vermögen, die überwiegend einer kleinen Personengruppe zufließen.« Laut Deutschem Gewerkschaftsbund in Zahlen:

»2006 ist das Volkseinkommen um 42 Milliarden Euro gestiegen. 40 Milliarden davon entfallen auf Gewinn- und Vermögenseinkommen. Nur zwei Milliarden auf Arbeitnehmerentgelte.«

Diese extrem einseitige Verteilung wird als ungerecht empfunden – von den Reichen! 2007 wird daher extra abkassiert. Lohnabhängige, Rentner, Patienten und Studierende werden geschöpft, dass es kracht: Mehrwertsteuererhöhung, Senkung der Unternehmenssteuern und Gesundheitsreform, die allein einige Dutzend Milliarden Euro Mehrkosten für die Versicherten bedeutet. Die schwarz-rote Koalition wird im nächsten Jahr den Arbeitnehmern, Rentnern, Studierenden und Hartz-IV-Opfern mehr als 30 Mrd. € aus der Tasche ziehen. Allein

die Anhebung der **Mehrwert- und Versicherungssteuer** belastet Arbeitnehmer, Sozialleistungsempfänger und Verbraucher mit 25,5 Mrd. €. Hinzu kommen **weitere Belastungen aus dem Steueränderungsgesetz 2007** (siehe Liste unten). Aber auch die **Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge** sollen um jeweils 0,4 Prozentpunkte steigen. Die Unterstützungsleistungen für viele **Hartz-IV-Empfänger** werden gekürzt, schikanöse Bedürftigkeitsprüfungen, Zumutbarkeitsregeln, Sanktionen verschärft.

### Der Steuer- und Abgabenhammer 2007 (in Milliarden Euro):

| <i>Steuerrechtsänderungen</i>   |              |
|---|--------------|
| Erhöhung Mehrwertssteuer  | 23,8         |
| Erhöhung Versicherungssteuer  | 1,7          |
| Auslaufen Eigenheimzulage   | 1,5          |
| Kürzung Pendlerpauschale  | 1,3          |
| Kürzung Sparerfreibetrag  | 0,6          |
| Wegfall Absetzbarkeit Arbeitszimmer   | 0,1          |
| Wegfall der Bergmannsprämie   | 0,01         |
| Wegfall Freibetrag für Abfindungen  | 0,3          |
| Wegfall Freibetrag für Heirats- und Geburtshilfen                                       | 0,01         |
| Abschaffung Sonderausgabenabzug Steuerberatungskosten                                   | 0,3          |
| <i>Änderungen Sozialabgaben und Kürzung Sozialleistungen</i>                            |              |
| Erhöhung Rentenversicherungsbeiträge um 0,4 Prozentpunkte                               | 1,5          |
| Erhöhung der ges. Krankenversicherungsbeiträge um mindestens 0,4 Prozentpunkte          | 1,5          |
| Senkung Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 4,5%                                      | -7,2         |
| Hartz IV  | 2            |
| Öffentlicher Dienst   | 1            |
| Absenkung und Einstellung der pauschalen Zuweisungen an gesetzliche Krankenversicherung | 2,7          |
| <i>Summe: zusätzliche Belastung der Normalbevölkerung</i>                               | <b>31,12</b> |

**Zehn Milliarden hinterher geschmissen: Höhere Steuern für die Bevölkerung – weniger Steuern und Sozialabgaben für die Unternehmer.**

## **Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Die Bundesregierung hilft nach. Die schwarz-gelbe Landesregierung legt in NRW noch eine Schüppe drauf.**

“Die Bundesregierung hat bisher keinerlei Anstalten gemacht, den immensen Reichtum in Deutschland für die Finanzierung staatlicher Leistungen abzuschöpfen”, schreibt die Verdi-Zeitung Publik. Angeblich soll das Arbeitsplätze schaffen.

Zusätzlich wurde im November die weitere Senkung der Unternehmenssteuern beschlossen. Obwohl die EU berechnete, dass die Unternehmen in Deutschland schon bisher **real** nicht über 20 % Steuern zahlen mussten.

Laut “Publik” wird diese “Reform” einen Steuerverlust von mindestens 10 Milliarden € ergeben.

Wenn gleichzeitig die normale Bevölkerung ab 2007 mit über 30 Milliarden € belastet wird, (im Durchschnitt rund 460 Euro pro Jahr für jeden einzelnen der etwa 65 Millionen Arbeitnehmer, Erwerbslosen, Rentner, Kinder, Auszubildenden und

Studenten in Deutschland) – dann bedeutet das:

**Von den mehr als 20 Milliarden zusätzlicher Steuereinnahmen durch die höhere Mehrwertsteuer (die absolut unsozialste Steuer) wird die Hälfte direkt in die Taschen der Unternehmer weitergeleitet. Ein weiterer Teil geht in die Rüstung und Auslandseinsätze der Armee.**

Doch waren die Konzern-Bilanzen nicht etwa notleidend, sondern sie sind seit Jahren auf Rekordniveau. Der Rekordüberschuss des Exportweltmeisters Deutschland aus 2005 von 160,6 Milliarden Euro wurde 2006 sogar noch übertroffen.

**Die zunehmende Verarmung von größeren Teilen der Bevölkerung ist nur die Kehrseite der Medaille. Anders gesagt: Die Reichen werden reicher, weil die Lohnabhängigen ärmer gemacht werden. Die Regierung hilft nach.**

In NRW hat die schwarz-gelbe Landesregierung ihren Teil zu diesem Sozialraub-Programm dazu gelegt: Der NRW-Kürzungsplan wirkt sich z.B. für Bochum so aus (für Dortmund wird das nicht viel anders aussehen): Einsparungen bei den **Kitas**: 712.000 €, **Familienberatung**: 90.000 € weniger, **offene Kinder- und Jugendarbeit**: 162.000 € weniger, **Schülertreffs**: 20.000 € weniger, **Suchtberatung**: 100.000 € gekürzt, **Bildungsangebote VHS**: 400.000 € gestrichen.

In den letzten Jahren hatte das Meinungskartell aus Medien und Lobbyisten den Eindruck erweckt, Deutschland sei ein extremer Sanierungsfall. In Wirklichkeit aber explodierten die Einkommen des oberen Drittels der Gesellschaft förmlich.

**Der wirkliche Sanierungsfall: das ist die Verarmung und die ungewisse Zukunft eines großen**

**Teils der Bevölkerung mit Erwerbslosen und Hartz IV-Opfern an der Spitze. Ihnen gestehen die christlich/sozialdemokratisch /grünen Wohltäter genau 3,79 Euro täglich für Ernährung zu, Kinder müssen mit 2,59 täglich auskommen. Deren Spielsachen dürfen – auch vor Weihnachten – nur 76 Cent im Monat kosten.**

*Es gibt Menschen, Initiativen und Gruppen hierzulande und auch in Dortmund, die sich das nicht gefallen lassen wollen. Die nicht bloß schimpfen wollen. Kommen Sie mal zum Sozialforum Dortmund!*

**Was wir auf keinen Fall hinnehmen können:** \*Die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010; \*einen Arbeitslosengeld-II-Regelsatz von 345 Euro, der nur zum Vegetieren reicht; \*Lohndumping und Arbeitszeitverlängerung; \*die Steuer-Umverteilung von unten nach oben; \*die geplante “Gesundheitsreform”; \*die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums; \*die Rente mit 67 und andauernde Rentenkürzungen; \*die Studiengebühren und dass Bildungschancen immer mehr vom Geldbeutel abhängig gemacht werden!

**Was wir für dringlich halten:** \* Mindestens 500 Euro Eckregelsatz für Erwerbslose! \* Mindestlohn 10 Euro brutto für (Noch-)Erwerbstätige! \* 30-Std.-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! \* Rente mit 60 ohne Abschläge!

**\* Rote Karte für Kapital und Kabinett! \* Schluss mit den “Reformen” gegen uns!**

Treffen des Sozialforum Dortmund jeden zweiten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Arbeitslosenzentrum, Leopoldstr. 16-20, Dortmund - Informationen unter <https://www.free.de/sofodo>

Vi.S.d.P.: Sturmi Siebers, Am Heedbrink 42, 44263 Dortmund